

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv

(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hantsa 2447—51

Nr. 19

Hamburg, den 7. Mai 1920.

5. Jahrg.

Inhalt:

Die neue Eisenwirtschaft	Seite 281
Länder-Berichte:	
Tschecho-Slowakei	" 282
Rußland	" 284
England	" 285
Vereinigte Staaten	" 287

Weltwirtschaftliche Übersichten:

Geld und Kapital	Seite 289
Schifffahrt und Schiffbau	" 291
Neueingänge	" 292

Die neue Eisenwirtschaft

Gleichzeitig mit der Gründung eines Selbstverwaltungs-körpers für die Eisenwirtschaft verschwindet eine Organisation aus dem deutschen Wirtschaftsleben, die unlöslich mit unserm industriellen und weltwirtschaftlichen Aufstieg in der Zeit vor dem Kriege und mit dem deutschen Daseinskampf verbunden war: der deutsche Stahlwerksverband (gegründet 1904).¹⁾ Schon lange, und bereits im Frieden, machten sich allerdings in dieser Vereinigung gegen- und voneinander strebende Kräfte geltend. Trotz eifrigen Bemühens gelang es nicht, für die Syndizierung der sogenannten „Produkte B“ eine befriedigende Lösung zu finden. Aber der Bund hielt doch und bildete mit seiner geschlossenen Wucht einen der Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft.

Die Regierung hatte diese Bedeutung des Stahlwerksverbandes erkannt und daher, als dies nottat, ein Abbröckeln und Auseinanderfallen unter Anwendung von Zwang verhindert. Zuletzt war der Verband durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers bis zum 1. 5. 20 verlängert worden.

Aber dieser behördliche Druck stellte nur einen Nothelf dar, der auf die Dauer nicht genügen konnte, da inzwischen zahlreiche innere Gründe von Gewicht gegen die Beibehaltung einer aus glücklicherer Zeit überkommenen Form sprachen.

Der Stahlwerksverband war nicht mehr die alte, beherrschende Organisation, als mit dem Verlust Elsaß-Lothringens und der verschleierten Annexion des Saarreviers die dortigen gewaltigen industriellen Unternehmungen ausschieden, denen sich auch noch die luxemburgischen gesellten. Er blieb ein Torso, der seinen Zweck nicht mehr erfüllen konnte. Die Preisbildung kehrte sich nicht mehr an die Festsetzungen des Verbandes. So wurde der freihändige Verkauf schon vom 1. 3. an gestattet. Aber allmählich entwickelten sich nun Zustände, die als durchaus ungesund erscheinen mußten.

Dies gilt nicht allein für die in den Bereich des Stahlwerksverbandes fallenden Erzeugnisse. Einige Monate nach Abschluß des Waffenstillstandes hatte die Regierung die Zwangsbewirtschaftung für Eisen und die meisten Metalle (Höchstpreise, Beschlagnahme, Kauf nur gegen Bezugsschein) aufgehoben. Das Reichswirtschaftsministerium behielt sich jedoch bald wieder das Recht vor, die von den verschiedenen Verbänden der Eisenindustrie beabsichtigten Preiserhöhungen zu genehmigen. Diese Kontrolle vermochte leider nicht, den nach Beseitigung der Rationierung üppig ins Kraut schießenden illegitimen Handel zu verhindern. Eine Preissteigerung weit über die verbandsoffiziellen Notierungen hinaus war die Folge.

Der ungesetzliche Handel zwang auch diejenigen Unternehmungen, die sich ursprünglich von Übertretungen der bestehenden Vorschriften fernhielten, sich der allgemeinen Tendenz anzuschließen. Da, wo sie als Bezieher gezwungen waren, unerlaubt hohe Preise zu bewilligen, konnten sie nicht gut als Verkäufer ihrerseits auf illegitime Gewinne verzichten. Die Preiserhöhung über die offizielle Notierung hinaus wurde häufig auch nur mittelbar erzielt, indem für Qualitätsmaterial Sonderaufschläge stattfanden, Lieferungen von gewissen, besonders günstigen Gegenleistungen abhängig gemacht wurden usw.

Das Schlimme an dieser Anarchie auf dem Markte war, daß die Produktion dadurch beeinträchtigt wurde. Denn der Schleichhandel hatte ein Interesse daran, die Ware zurückzuhalten, wodurch die bestehende Knappheit an Materialien für die Verarbeitung noch vergrößert wurde.

Da die Weltmarktpreise durchweg über den Inlandspreisen standen, so war das Bestreben begreiflich, die Ware möglichst ins Ausland zu bringen. Ob wirklich die Ausfuhr von Eisenerzeugnissen in letzter Zeit so groß gewesen ist, wie vielfach behauptet wird, entzieht sich der zahlenmäßigen Feststellung. Jedenfalls litt der Inlandsmarkt unter diesem Export. Für die Regierung wie für die leitenden Män-

¹⁾ Vgl. „W.-D.“ 3. Jahrg. 1918. Nr. 14 v. 5. 4. 18.

ner der Industrie aber erhob sich die Frage, ob man eine allmähliche Angleichung der Inlandspreise an den Weltmarkt zum Ziel der Wirtschaftspolitik machen solle. Kein Zweifel, daß jener schädliche Export erst dann aufhören würde, wenn eine solche Angleichung erreicht, daß er auf andere Art nie ganz zu unterbinden wäre. Kein Zweifel aber auch, daß die Selbstkosten der deutschen Industrie im allgemeinen eine solche Heraufsetzung der Preise noch nicht rechtfertigen und daß vor allem die deutsche Wirtschaft sie nicht ertragen könnte. Aus dieser Wirrnis ist schwer ein Weg zu finden.

Und die gesunkene Valuta macht die Lage noch weit verwickelter. Die deutsche Industrie ist auf den Bezug ausländischer Rohstoffe, insbesondere von Erzen aus Schweden, angewiesen. Die Preise dafür stellen sich in ausländischem Gelde, sind also unerhört hoch. Die davon betroffenen Werke waren gezwungen, sich schadlos zu halten. Das taten sie unter anderm, indem sie Eisen und Stahl an die weiterverarbeitende Industrie nur noch zur sogenannten „mittelbaren Ausfuhr“ lieferten, nämlich zu Preisen, die erheblich über den vom Reichswirtschaftsministerium genehmigten Inlandspreisen liegen. Die einzelnen Stahlwerke forderten in der Regel 50 v. H. in deutscher Währung zum Inlandspreis und 50 v. H. in fremdländischer Währung zum Auslandspreis. Die Eisen verbrauchende Industrie mußte daher, wenn sie überhaupt Eisen zur Weiterverarbeitung erhalten wollte, die Hälfte zum Weltmarktpreise bezahlen. Diesem Verfahren lag ursprünglich der berechtigte Gedanke zugrunde, einen Teil der bei der Ausfuhr von Halb- und Fertigfabrikaten erzielten Valutagewinne zum Ausgleich der Valutaverluste bei den Rohstoffkäufen zu verwenden. Aber auch Werke, die nicht exportierten, wurden tatsächlich von der Mehrabgabe betroffen, während diese andererseits auch solchen Werken zugute kam, die keine ausländischen Rohstoffe verarbeiteten.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen steht die Notwendigkeit für die Hüttenindustrie, die allmählich aufgelaufenen Schulden für Rohstoffe an das Ausland zu tilgen.

Es wäre verfehlt, die Schuld an den zahlreichen Übelständen, die wir eben betrachtet haben, einzelnen Berufen oder einzelnen Zweigen der Eisenwirtschaft zuzuschreiben. So einfach liegen die Dinge nicht. Unlautere Elemente betätigen sich heute, wie man weiß, auf jedem Feld des Wirtschaftslebens. Diese Schmarotzer nützen nur eine Notlage aus, die sie wohl vergrößert, nicht aber recht eigentlich geschaffen haben. Die Ursachen liegen tiefer; sie liegen im Gesamtzustand der Wirtschaft.

Man muß bezweifeln, daß diese Krankheit durch rein organisatorische Maßnahmen beseitigt werden kann. Nur wenn die Organisation die Voraussetzungen schafft für die Anwendung der eigentlichen Heilmittel — und hier heißt die Arznei Befriedung der Wirtschaft und aufs äußerste angespannte Erzeugung —, wird sie jenen Nutzen stiften, den man in einer sozialistisch gestimmten Zeit doppelt gern von ihr erwartet. Das ist zur Beurteilung des gemäß Verordnung des Reichswirtschaftsministers am 1. 4. in Kraft getretenen „Eisenwirtschaftsbundes“ vor allem zu bedenken.

Diese Organisation will den Stahlwerksverband ablösen, indem sie etwas gänzlich Neues schafft. Sie bringt alle Zweige der Eisenwirtschaft, Erzeuger, Händler und Verbraucher, unter einen Hut. Nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer sind paritätisch vertreten, eine neue Verwirklichung des Gedankens der zuerst im November 1918 durch freiwilligen Zusammenschluß begründeten „Arbeitsgemeinschaft“ von Arbeitern und Unternehmern. Der dringende Inlandsbedarf der Industrie soll nunmehr in erster Linie sichergestellt werden und zwar durch Bildung von Liefergemeinschaften innerhalb des Eisenwirtschaftsbundes. Die Ausfuhr wird vom Reichswirtschaftsminister nach Verständigung mit dem Selbstverwaltungskörper geregelt, wobei die Deckung des Devisenbedarfs für die Rohstoffeinfuhr und ein Ausgleich der erhöhten Gestehungskosten bei der Verwendung ausländischen Erzes von vornherein vorgesehen wird. Im Anschluß daran wird es verboten, der verbrauchenden Industrie Weltmarktpreise zu berechnen bzw. Zahlung in fremdländischer Währung zu verlangen. Die Preise und Verkaufsbedingungen für den Absatz im Inlande werden vielmehr vom Eisenwirtschaftsbund festgesetzt und gelten als Höchstpreise.

Das sind die wichtigsten Bestimmungen zur Bekämpfung der von uns wiedergegebenen Übelstände. Vielleicht spielen auch noch politische Motive bei der Gründung des Eisenwirtschaftsbundes mit. Denn bei der Vieldeutigkeit, die dem Wort „Sozialismus“ innewohnt, mag man vielleicht darin einen weiteren Schritt zur Sozialisierung erblicken. Und auf ein beschleunigtes Tempo in der Sozialisierung drängen die Massen ja immer stärker.

Mit dem Eisenwirtschaftsbund haben die Gedanken eines Mannes einen Sieg davongetragen, dessen Name seit längerer Zeit merkwürdigerweise kaum noch genannt zu werden pflegt: Es ist Wichard von Möllendorff.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Tschecho-Slowakei

Amerikanischer Baumwollkredit — Die Firma „Albis“ — Handelspolitik und Auslandswettbewerb — Schwierigkeiten des Erzbezuges — Besserung der Kohlenversorgung — Vermögensabgabe und Valutapolitik

In den ersten Märztagen hat das tschecho-slowakische Preßbüro die amtliche Meldung ausgegeben, daß der diplomatische Vertreter der tschecho-slowakischen Republik im Namen der Regierung in Washington einen Präliminarvertrag auf Lieferung von 300 000 Ballen Baumwolle unterzeichnet habe. Dazu wurde offiziös ergänzend bemerkt, daß ein Teil der Baumwolle bereits zur Einschiffung bereit stünde und in regelmäßigen Zwischenräumen in Ladungen zu 25 000 Ballen über Hamburg versendet werden würde. Seither ist es von diesem Kredit still geworden und die angekündigten Sendun-

gen sind ausgeblieben; der amtliche Draht ist den Tatsachen etwas vorausgeeilt. Tatsächlich hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Bedingungen, zu denen die South Atlantic Corporation den Baumwollkredit zu gewähren bereit war, von der tschecho-slowakischen Industrie nicht ohne weiteres angenommen werden konnten, ohne daß man bisher Genaueres darüber erfahren hat, worin die Schwierigkeiten lagen. Nach den bisherigen (allerdings nicht ganz verlässlichen) Meldungen, die bezeichnenderweise auch von führenden Angehörigen der tschecho-slowakischen Textilindustrie selbst nicht nachgeprüft

werden konnten, sollte sich die Verzinsung des Kredites auf 8% % stellen, die Laufzeit neun Monate dauern und die Rückzahlung der Kredites durch Export der Hälfte der aus der Baumwolle hergestellten Waren bewirkt werden. Wie weit sich der Kredit noch durch verschiedene Vermittlungsgebühren an die tschechischen Banken und andere Zwischenstellen verteuert, steht gleichfalls noch nicht fest. Jedenfalls ist die Industrie von dem nahe geglaubten Ziel einer Vollbeschäftigung wieder weit entfernt, und man rechnet bereits nur mehr mit Rohstoffmengen, die einen Bruchteil der oben angeführten ausmachen. Die 300 000 Ballen hätten bei vollem Betrieb ungefähr für ein halbes Jahr gereicht.

Während die Verhandlungen mit Amerika mit unsicheren Aussichten weitergehen, hat sich inzwischen in Prag unter Mitwirkung der Regierung der Vertragspartner in einer eigenen Aktiengesellschaft konstituiert unter der Firma „Albis“ Exportvereinigung tschecho-slowakischer Baumwollindustrieller. Ihre Aktien sollen zu gleichen Teilen von den Baumwollspinnereien, den Garnverbrauhern und dem Syndikat der tschecho-slowakischen Webereien übernommen werden. Inzwischen haben sich aber die Voraussetzungen für eine Lohnbeschäftigung der tschecho-slowakischen Baumwollindustrie in außerordentlichem Maße verschlechtert. Die Löhne haben sich in den letzten Monaten sprunghaft erhöht, und mit der Besserung, die der Kurs der tschechischen Krone parallel mit der Mark erfahren hat, ist die Marge zwischen Inlandkosten und Auslandpreis soweit zusammengeschrumpft, daß bei der ungleichmäßigen und nur teilweisen Beschäftigung, sowie bei den mit den Valutaschwankungen verbundenen Risiken, der Anreiz zur Lohnarbeit sich bereits fast völlig verflüchtigt hat.

Dazu kommt, daß die Handelspolitik der Tschecho-Slowakei der eigenen Industrie den Weg zu ihren natürlichen Märkten gesperrt hält, wo sie dauernd konkurrenzfähig wäre. Bis heute besteht ein lückenloses Ausfuhrverbot für Textilwaren aus der Tschecho-Slowakei gegenüber den Nachfolgestaaten des alten Österreich-Ungarn, die in normalen Zeiten mindestens drei Viertel des tschecho-slowakischen Textilexportes aufgenommen haben und in denen auch heute noch der stärkste, durch die Valutanot verschärfte Warenhunger besteht, während die tschechische Ware auf dem Weltmarkt den englischen, japanischen, italienischen Konkurrenz gegenübersteht, gegen die sie als Lohnarbeiter den Kampf gleichsam in Fesseln aufnehmen müßte. Tatsächlich ist die Baumwollbilanz der Tschecho-Slowakei im zweiten Halbjahr 1919 noch mit 1% Milliarden K passiv gewesen, obwohl es sich da um die weitaus bedeutendste Exportindustrie des jungen Staates handelt.

Nicht weniger kritisch liegen die Verhältnisse in einer anderen tschecho-slowakischen Schlüsselindustrie, bei den Eisenwerken. Die böhmische und mährische Eisenindustrie mußte von jeher ihre Erze von auswärts beziehen. Das war der Grund, weshalb z. B. die Prager Eisenindustrie-gesellschaft vor etwa einem Jahrzehnt eine Interessengemeinschaft mit der steirischen Alpen Montangesellschaft abschloß, während die mährisch-schlesischen Werke sich aus ungarischen Erzen versorgten. Außerdem kamen den mährisch-schlesischen Werken über die Oder vor dem Krieg ohne bedeutende Frachtkosten schwedische Erze in großen Mengen zu. Der Zusammenbruch hat die Bedingungen der sudetländischen Erzversorgung gründlich verschoben. Die böhmischen Hütten haben sich allerdings im Kompensationsweg auch jetzt steirische Erze gesichert, wofür die steirischen Hütten mit böhmischem Koks beliefert werden, aber es handelt sich dabei um ganz unzulängliche Mengen. Die ungari-

schen Erzlager, die zum größten Teil in der Slowakei liegen, sind allerdings überwiegend dem tschechischen Staat zugefallen, aber ihrer Nutzbarmachung stellen sich vorläufig unüberwindliche Verkehrsschwierigkeiten entgegen, da die für diese Transporte bestimmte Kaschau-Oderberger Bahn, deren Leistungsfähigkeit niemals sehr groß war, außerordentlich überlastet ist. Soweit die Erzgruben aber ungarisch geblieben sind, sperrt wieder ein ungarisches Ausfuhrverbot den Weg zu den mährisch-schlesischen Hütten. Die schwedischen Erze aber sind unerschwinglich geworden, ihre Verarbeitung würde eine Vervielfachung der geltenden Eisenpreise notwendig machen.

Aber selbst, wenn die weiter verarbeitenden Industrien diesen Preis in Kauf nehmen würden, so ist die Verfrachtung der schwedischen Erze nach Stettin und von dort flüßaufwärts für größere Mengen nicht durchführbar, da mit der Abliederung der deutschen Handelsflotte dafür der nötige Schiffsraum fehlt. Es ist wenig bekannt, daß sich die Prager Regierung vor einiger Zeit an die Alliierten gewendet hat, um einige deutsche Schiffe für den Erztransport nach der Tschecho-Slowakei frei zu bekommen, daß England auch bereit gewesen ist, diesem Wunsch zu willfahren, daß aber eine andere Macht erklärt hat, einen Chartervertrag zwischen Deutschland und Tschecho-Slowakei nicht anerkennen zu können. Immerhin arbeitet die tschecho-slowakische Eisenindustrie noch immer unter unvergleichlich günstigeren Bedingungen als die deutsch-österreichische. Während die böhmischen und mährischen Hütten eine Leistung von 60—70 % der normalen aufweisen, hat die Alpine Montangesellschaft bisher erst etwa 15 % ihrer normalen Produktion wieder erreicht, und das bedeutet bereits eine wesentliche Besserung gegen die Produktionsverhältnisse vor Jahresschluß.

Vor allem bessert sich die Kohlenversorgung der tschecho-slowakischen Wirtschaft in außerordentlich raschem Tempo. Namentlich in den böhmischen Braunkohlenrevieren, die für die böhmische Industrie von ausschlaggebender Bedeutung sind, nimmt die Förderung so stark zu, daß man in wenigen Monaten auf einen normalen Versorgungsstand zu kommen hofft. In Brüx ist die Förderung nahezu wieder auf dem Friedensstand, in Falkenau hat er ihn im März bereits beträchtlich überschritten. Auch die Transportverhältnisse haben sich gebessert, wobei freilich im März der Ostrauer Streik für die böhmischen Reviere eine in seiner Ursache unerwünschte Erleichterung schuf. Das hat jedoch zur Folge, daß seit Aufhören des Streiks wieder das Ostrauer Revier schwer unter Waggonmangel leidet, so daß an manchen Tagen einzelne Schächte bloß 10—20 % der angeforderten Wagen erhielten und die Gefahr der Notwendigkeit von Feierschichten droht, weil es bereits an Lagerplätzen für die geförderte Kohle fehlt. Auch Ostrau hat im März 683 000 Tonnen Steinkohlen gefördert, was bereits einer Jahresförderung von über 8 Mill. Tonnen oder 80 % der Friedensproduktion entsprechen würde.

Knapp vor ihrer Auflösung hat die vorläufige Nationalversammlung noch das Gesetz über die Vermögensabgabe verabschiedet. Die tschecho-slowakische Vermögensabgabe unterscheidet sich wesentlich von der deutschen und deutsch-österreichischen. Sie besteht aus einer eigentlichen Vermögensabgabe und einer Vermögenszuwachsabgabe. Jener unterliegen physische und juristische Personen, dieser nur physische Personen und zwar mit dem Vermögenszuwachs seit 1. 1. 14. Die Abgabe wird nach dem Vermögensstand am 1. 3. 19 (dem Stichtag der mit der Notenabstempelung verbundenen Vermögenskonstruktion) bemessen. Die Bewertung von Kriegsanleihen ist noch offen gelassen, sie soll durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Die Abgabe beträgt zwischen 1 % von den

ersten 25 000 K und zu höchst 30 % für Vermögen über 10 Mill. Sie ist somit den Sagen nach wesentlich milder als die der besagten Staaten. Der Vermögenszuwachs wird mit 16 % bis 40 % besteuert. Juristische Personen zahlen zwischen 3 % von den ersten 200 000 K und 20 von dem 50 Mill. übersteigenden Reinvermögen. Die Vermögensabgabe ist mit 15 % binnen 30 Tagen nach Zustellung des Zahlungsauftrages, der Rest in sechs halbjährlichen Raten zahlbar. Die Zahlung kann entweder in bar oder durch die bei der Notenabstempelung ausgefolgten Quittungen über zurückbehaltene Beträge, in gesperrten Girokonten- und Kassenscheinen und schließlich durch mündelsichere Wertpapiere geleistet werden. Ausgenommen sind ehemalige österreichische und ungarische Staatsschuldverschreibungen. Die Zahlungsmodalitäten lassen die Abgabe wieder wesentlich schärfer erscheinen als es nach den Sagen der Fall wäre. Aber es darf nicht vergessen werden, daß die Liquidierung der Abgabe durch die Zurückhaltung der Hälfte der eingereichten Noten bei der Abstempelung im vorigen Jahr außer-

ordentlich erleichtert worden ist, da diese Beträge bereits seit damals für die Abgabe bestimmt sind und daher nicht erst jetzt dem wirtschaftlichen Betrieb entzogen werden müssen.

Die Tschecho-Slowakei verbindet mit der Vermögensabgabe auch weitgehende valütopolitische Ziele. Durch den Zwang zur Barzahlung der Abgabe will sie nicht nur den Notenumlauf einschränken, sondern die heute umlaufenden, ungedeckten Noten im Wege der Kreditinanspruchnahme und Kreditgewährung für die Vermögensabgabe allmählich in bankmäßig gedeckte Noten umwandeln. Den Abschluß dieser gleichsam internen Konversion soll die Festsetzung einer neuen Relation zum Gold und die Begründung einer eigenen tschecho-slowakischen Währung bilden, die natürlich vor allem eine Stabilisierung der Wechselkurse voraussetzt. Ob freilich die Entwicklung in den nächsten Jahren wirklich so programmgemäß verlaufen wird, wie man sich es im Prager Finanzamt vorstellt, muß dahingestellt bleiben.

22. April 1920.

Dr. Gustav Stolper

Rußland

In Erwartung der beginnenden Handelsbeziehungen — Die russischen Banken — Die Arbeitsunlust — Der Terror

„In der russischen Frage wurde beschlossen, wirtschaftliche Beziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen“, heißt es im Bericht über die Konferenz des Obersten Rates in San Remo. Damit sind also die bisherigen Verhandlungen mit Litwinow und Krassin von der gesamten Entente sanktioniert worden. Es beginnt also endlich und tatsächlich eine neue Epoche für den Osten Europas: Die Absperrung hat ein Ende, Rußland tritt wieder ein in das Wirtschaftsgefüge der Welt. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg — das Wichtigste, der Entschluß, ist gefaßt, die Art der Beziehungen, ihr Umfang usw. wird sich erst nach und nach realisieren können. Es ist entschieden politisch falsch, dauernd auf dem Standpunkte des Abwartens verharren zu wollen und vor lauter Skepsis sich vor jedem Entschluß zu fürchten: doch die Entente hat nun eine Initiative ergriffen, der auch wir hoffentlich bald nachfolgen werden. Es ist zu konstatieren, daß dieser Wunsch und diese Hoffnung heute allgemein geworden sind, wenn auch vor übertriebenen Illusionen über den Vorteil sofortiger Handelsbeziehungen nicht nachdrücklich genug gewarnt werden kann.

Wenn man tatsächlich russische Rohstoffe wird erhalten können, sollte heute noch nicht diskutiert werden, denn es ist dies ein überflüssiges Rätselraten: zuerst einmal muß überlegt werden, welche Wege denn überhaupt vorhanden sind und wie diese beschaffen sind, — denn erst wenn der Weg zu den Rohstoffen beschreibbar ist, kann von diesen selbst die Rede sein. Es ist daher müßig, sich in der Art, wie der Reichsminister a. D. Gothein dies im „8 Uhr Abendblatt“ kürzlich tat, darüber auszulassen, aus Rußland „sei nichts zu holen“ usw. Aus einem so unbegrenzten und primitiven Lande wie Rußland ist immer etwas und sogar viel zu holen, man muß es nur verstehen, man muß es vorbereiten, organisieren und — wie gesagt — erst einmal den Willen dazu haben.

Dieser ist in Rußland jedenfalls vorhanden. Man kann und darf es nicht leugnen, daß die Sowjetregierung eifrigst bemüht ist, ihrerseits den Boden für gedeihlichen Wirtschaftsaufbau vorzubereiten. Auf die wichtigsten Pläne und Versuche in dieser Richtung ist wiederholt im W.-D. hingewiesen worden. Allerdings sind noch längst nicht alle Fehler der bisherigen ka-

thastrophalen Wirtschaftspolitik eingesehen worden. Z. B. ist die Nationalisierung der Banken noch nicht aufgehoben worden. Es wird sogar weiter gegen das Privatkapital gewütet. Nr. 59 der amtlichen „Ekonom. Schisu“ enthält eine Verfügung der Abteilung der Salesverwaltung der Narodni-Bank, alle Ausländer müßten sich persönlich melden und ihre Safes öffnen, damit dieselben kontrolliert werden könnten. Diejenigen Safes, die bis zu einem bestimmten Termin nicht geöffnet werden würden, sollen gewaltsam erbrochen und ihr Inhalt konfisziert werden. Und dies tut die gleiche Regierung, die sich eifrig um ausländische Kredite und Vertrauen bemüht!

Noch immer können die russischen Banken nicht arbeiten; die existierenden Institutionen, wie die Narodni-Bank der Konsumgenossenschaften und die neugeschaffenen Regierungskreditinstitute reichen natürlich nicht aus und sind unfähig, größeren Zwecken wie denen des Warenaustausches mit dem Auslande zu dienen. Es ist zu hoffen, daß diese Unterlassung eingesehen wird und die unsinnige „Nationalisierung“ der Banken beseitigt wird, wie die der industriellen Betriebe. Wie ich aus russischen Bankkreisen erfahre, wären die russischen Banken recht bald imstande, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, da sie größere Liegenschaften besitzen, die an ausländische Unternehmungen vergeben werden könnten (große Forsten, Bergwerke usw.) und außerdem über Goldeinlagen in Frankreich, Amerika, Deutschland verfügen. Da die russischen Großbanken wie z. B. die Union Bank (Sojedinenny-Bank) über eine Reihe von Filialen in den jetzigen Randstaaten verfügen, so wird daran gedacht, deren Tätigkeit jetzt schon aufzunehmen und so von der Peripherie — den Ausfuhrhäfen — aus dem russischen Handel aufzuhelfen. Die Frage des Aufbaus des russischen Bankwesens wird von zunehmender Bedeutung werden und sollte besonders von den betreffenden deutschen Kreisen beachtet werden, da französische, amerikanische und englische Unternehmungen bemüht sind, die russischen Banken ganz in ihre Hände zu bekommen — was von schwerwiegendsten und verhängnisvollsten Folgen für den deutschen Handel werden könnte. In Paris ist kürzlich eine neue russische Commerzbank mit einem Kapital von 15 Mill. fr gegründet worden. Die Leitung der Bank liegt in den Händen des

Grafen Kokowzew, (ehemaliger russischer Finanzminister und Ministerpräsident) Wyschnegradski und E. Kainowitsch. Hauptaktionär ist die Petersburger Internationale Bank. — Ebenso ist in Belgrad eine neue Russisch-Slawische Bank von der Stachejewtschen Gruppe mit einem Kapital von 20 Mill. fr gegründet worden. Im Mai beabsichtigt die Wtorowsche Gruppe eine zweite Bank mit noch größerem Kapital zu gründen, wozu die Ankunft des bekannten ehemaligen russischen Ministers Kriwoschein erwartet wird.

In Sibirien sind indessen eine Reihe von Zweigniederlassungen und Agenturen von der Jokohama Specie Bank und der Bank von Korea in Chita Chabarowsk Spaskaja, Chabin und anderen Städten gegründet worden. In Wladiwostok haben die Hongkong and Shanghai Banking Corporation, die Bank von Indo-China, die Industrial Bank of China (ein französisches Unternehmen) und die National City Bank of New York Niederlassungen gegründet. Es ist zu hoffen, daß die Vertreter der russischen Banken, die sich um die Vorbereitungen der Kreditbeschaffung und des Wiederaufbaus bemühen, nun auch deutscherseits genügend Verständnis und Entgegenkommen vorfinden. —

Was die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland anbetrifft, so sind die englischen Verhandlungen darüber ins Stocken geraten, sollen aber nach Eintreffen einer Wirtschaftskommission des Hohen Rates in Kopenhagen wieder aufgenommen werden. Zu einem positiven Resultat sind bisher nur die italienischen Verhandlungen mit Litwinow gedeutet. „Avanti“ und „Golos Rossii“ veröffentlichen den Wortlaut des Abkommens, unterzeichnet von Litwinow im Namen des Zentrosojus der russischen Konsumgenossenschaften und A. Cabrini als Vertreter der nationalen Liga italienischer Kooperativgesellschaften und des Instituts der Genossenschaften für auswärtigen Handel. Nach diesem Abkommen sollen der Warenaustausch zwischen Rußland und Italien ausschließlich durch Vertreter der genannten Verbände getätigt werden — bis zur Wiederaufnahme der politischen und diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten. Die russischen Zentralorganisationen der Genossenschaften sind gehalten, keinerlei Verträge, die die Interessen Italiens berühren könnten, einzugehen und sind auf die Dauer eines Jahres an diesen Vertrag gebunden. Damit haben die italienischen Genossenschaften eine Vorzugsstellung erhalten, die jedoch kaum von praktischer Bedeutung sein dürfte. —

Wie die Aufhebung der „Nationalisierung“ der Banken eine Vorbedingung für Rußlands Wiederaufbau ist, so ist eine andere Grundbedingung, daß gearbeitet wird. Wie steht es nun mit Trotzki's großzügiger Militarisierung der Arbeit? An dieser Stelle ist besonders eingehend das Gesetz

der Arbeitspflicht behandelt und daran gezweifelt worden, ob dieser Theorien Blüte auch praktische Früchte nachreifen werden. Die neuesten russischen Blätter bringen ausführliche Berichte über die Tätigkeit der Arbeitsarmee. Das Resultat ist beschämend und so geringfügig, daß es des großen Aufwandes nicht bedurft hätte. Beispiele mögen dies belegen. In den offiziellen Berichten des Arbeitsamtes heißt es: „Auf dem Bahnhof Kasan arbeiteten im Laufe von sechs Tagen durchschnittlich 470 Rotgardisten. Gereinigt wurden 785 Säcken der Eisenbahnlinie, instand gesetzt 1282 Säcken. 90 Waggons sind beladen und entladen worden.“ In dieser Art sind eine ganze Reihe von Nachrichten verfaßt, immer handelt es sich um einige hundert Arbeiter, die einige Werst des Eisenbahnnetzes instand gesetzt haben, und dies ist der Reichsbericht der Millionenarbeitsarmee. Und dies zu einer Zeit, wo Trotzki von Millionen redet, die er zur Verfügung hat. Der große Plan der Mobilisierung des gesamten Proletariats ist also vorläufig noch nicht realisiert! Die Arbeitsunlust der Massen ist also doch nicht so leicht zu bekämpfen, trotz aller lärmenden Propaganda für die „freie Arbeit“ u. dergl. — Ein neuer Beweis, wie dringend Rußland der Ausländer, ihrer Energie und Arbeitskraft bedarf. Es fehlt eben doch an Organisatoren, vor allem aber an Meistern und gelernten Vorarbeitern, die die erzieherische Musterarbeit leisten: allein auf sich angewiesen sind die Russen trotz ihrer neuerwachten Energie und Disziplin nicht fähig, produktiv tätig zu sein. Das weiß die Sowjetregierung sehr gut und deshalb legt sie jetzt auch den ganzen Nachdruck ihrer Politik auf die Gewinnung von Vertrauen und Verbindungen im Auslande.

Die Abschaffung der Revolutionstribunale und der „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution“ dient gleichfalls diesem Zweck. Damit soll der öffentlichen Meinung der Welt eine sichtbare Konzession gemacht werden: der Terror endgültig abgeschafft, Rußland einer wenn auch nur primitiven Gesetzmäßigkeit zurückgegeben sein. Man wird abwarten müssen, ob dies Gesetz vom 27. 3. d. J., daß die Abschaffung der Tribunale verkündet, wirklich Anwendung findet — oder nach einiger Zeit die alten Methoden in veränderter Weise doch wieder angewandt werden, wie dies oft genug bei Versprechungen der Sowjetregierung der Fall war. Jedenfalls ist es an der Zeit, daß der Terror und die unerhörte „außerordentliche Kommission“ endlich de facto aufhören, sind doch nach russischen amtlichen Berichten im letzten Jahre 128 010 Personen verhaftet und 9641 Personen hingerichtet worden. Dies Wüten muß selbstverständlich aufhören, wenn Europäer sich in Rußland niederlassen und sich dort so wohlfühlen sollen, wie dies vor dem Kriege im gastlichen Rußland der Fall war.

Dr. Hans von Eckardt

England

Das neue Budget. II. Teil: Ausgaben — Das Vorjahr — Beurteilung

Die Ausgaben sind schon seit geraumer Zeit in den Häusern des Parlaments debattiert worden. Sie haben zur schärfsten Kritik herausgefordert, da sie in unerwarteter Weise gestiegen sind. Gegenüber dem Voranschlag des Chamberlain'schen Normaljahres ergeben sich folgende markante Abweichungen:

Landheer und Luftstreitkräfte ..	146,1 Mill. £ (Normaljahr 75)
Marine	84,3 „ „ („ 60)
Innere Verwaltung (Civil Service)	
u. Verwaltg. d. Steuern u. Zölle	507,8 „ „ („ 300)

Es ist richtig, daß Chamberlain darauf hingewiesen hat, daß das Jahr 1920/21 noch kein Normaljahr sein werde, aber diese Anforderungen lassen doch die Frage Asquiths recht begründet erscheinen, ob das Normaljahr überhaupt vor den griechischen Kalenden noch zu erwarten sei. Die außerordentlich starke Erhöhung der Ausgaben für die innere Verwaltung bedarf noch einer Erläuterung. Dieser Posten enthält nämlich ordentliche und außerordentliche Ausgaben nebeneinander. Von diesen sind die zuletzt genannten natürlich für die Vergleichung mit dem Normaljahr in Abzug zu bringen.

Es sind dies: 36 Mill. £ Darlehen an Verbündete (ein undurchsichtiger Posten), 24 Mill. £ Zahlungen in der Eisenbahnverwaltung, von der man allerdings erwartet hatte, daß sie infolge der Tarifierhöhungen unnötig werden würden, 45 Mill. £ Zuschuß auf Brot (eine Folge der schlechten Valuta; nur durch die Aufhebung des Höchstpreises auf Brot — die eine starke Preiserhöhung zur Folge hatte — ist es möglich gewesen zu verhindern, daß dieser Zuschuß ins Ungemessene stieg), 15 Mill. £ Zuschuß an die Kohlengruben (eine Überraschung, da man im Gegenteil mit einem Plus zugunsten des Schatzamtes rechnen zu können erwartet hatte). Ferner sind noch einige kleinere Posten als außerordentlich zu bezeichnen, die zusammen rund 4 Mill. £ ausmachen. Insgesamt ergeben diese außerordentlichen Ausgaben 123 Mill. £ oder mit anderen Worten, der ordentliche Etat der inneren Verwaltung von 507,8 weniger 123 Mill. £ gleich 384,8 Mill. £, übersteigt um zirka 85 Mill. £ den Voranschlag für das „phantastische“ Normaljahr von 300 Mill. £. Diese Betrachtung aber ergibt zugleich, daß der Vorwurf, das Chamberlainsche Budget verwende außerordentliche Einnahmen zu ordentlichen Ausgaben, nicht zu Recht von Asquith erhoben worden ist. Wollte man vielmehr, soweit es an der Hand des immerhin noch spärlich vorliegenden Zahlenmaterials möglich ist, das Budget in ein außerordentliches und ordentliches zergliedern, so würde man finden, daß der außerordentliche Etat Ausgaben (für die genannten Posten) in Höhe von zusammen 123 Mill. £ und Einnahmen von 302 Mill. £ (Verschiedenes) enthält, und somit, daß von den 234 Mill. £ Schuldentilgung nicht weniger als 57 Mill. £ aus dem ordentlichen Etat aufgebracht werden oder weit mehr als das von Chamberlain geforderte $\frac{1}{4}$ % der Gesamtschuld, mit dem er die Staatsschuld innerhalb von 50 Jahren zu amortisieren beabsichtigt.

Die gewaltige Steigerung der ordentlichen Ausgaben fällt zunächst dem Ministerium für Pensionen zur Last, das 123 gegen 104 Mill. £ im Vorjahr beansprucht. Von 16 Personen bezieht jetzt in England schätzungsweise eine Person Staatsunterstützung in irgend einer Form. Auf öffentliche Gebäude sollen 9,6 Mill. £ verwandt werden, dazu gehören auch eine Anzahl Arbeitsbörsen, nicht aber Arbeiterwohnungen. Auch das Erziehungswesen beansprucht erhöhte Gelder. Damit ist natürlich noch längst nicht alles erschöpft. Das Budget leidet unter der Teuerung in England: Jeder Ausgabenposten mußte erhöht werden. Im Ausgabeetat von 1920/21 wird dem englischen Volk zum erstenmal ein echtes Inflationsbudget vorgelegt, das in allen Rubriken der Teuerung Rechnung tragen muß, und damit ist zugleich an dem Budget Kritik geübt: es baut sich auf zwei Prämissen auf: auf der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die ja bekanntlich zum Teil eine Folge der Inflation ist und auf der Voraussetzung, daß die Inflation nicht fortschreitet. Diese beiden Voraussetzungen stehen in einem gewissen Widerspruch zu einander und es ist auf jeden Fall klar, daß sie keine sichere Grundlage für die Aufstellung des Voranschlages bedeuten. Gleichwohl waren die Ausführungen Chamberlains vom größten Optimismus getragen. Sie gründeten sich auf die Erfahrungen des verflossenen Jahres, dessen finanzielles Ergebnis weit günstiger war, als das revidierte Budget vom Oktober 1919 es erwarten ließ. Welches sind diese Ergebnisse? Die Gesamtausgaben des Jahres 1919/20 beliefen sich auf 1665,8 Mill. £, und gingen damit um 230,9 Mill. £ über den Voranschlag des ursprünglichen und um 23,5 Mill. £ über den revidierten Anschlag im Oktober hinaus; zieht man aber in Betracht, daß 87 Mill. £ aus dieser Summe auf Ausgaben beruhen,

die im Finanzjahr 1918/19 bewilligt und erst im vergangenen Jahr zur Ausgabe gelangt sind, so bleibt die Gesamtsumme der Ausgaben um 63 Mill. £ hinter der revidierten Gesamtsumme vom Oktober zurück, übersteigt aber noch immer das Ergebnis des ursprünglichen Budgets um 144 Mill. £. Gegenüber der unerfreulichen Steigerung der Ausgaben, die zum erheblichen Teil natürlich auf die allgemeine Teuerung zurückzuführen ist, scheinen die Einnahmen zu zeigen, daß das Land sich in einem Zustand größter Prosperität befindet; sie übertreffen in ihrer Gesamtheit die Schätzung von 1201,1 um 138,5 Mill. £. Zölle und Abgaben, ferner vor allem die Steuern auf die Luxusartikel der großen Masse, Bier, Wein, Tee und Zigarren tragen hauptsächlich zu diesem günstigen Ergebnis bei, denn der Konsum ist trotz der starken Erhöhungen der Zölle und Abgaben weit über das Maß hinaus gestiegen, das durch die natürliche Zunahme des Verbrauchs infolge der Ausdehnung der Bevölkerung bedingt ist. Auch die Stempelabgaben haben in ihrer Zunahme gezeigt, daß Handel und Wandel im verflossenen Jahr unter dem Zeichen der Hochkonjunktur standen, wie immer in Zeiten der Inflation. Gleichwohl konnte, wie gesagt, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, die ja schon im Budget zu Tage getreten war, nur durch Aufnahme von Anleihen gedeckt werden und es ist somit klar, daß die Gesamtschuld des Reichs gewachsen sein muß. Sie ist um 326,2 Mill. oder 76,2 Mill. mehr als im Budgetvoranschlag gestiegen und betrug am 31. 3. 20 7835 Mill. £, aber ihre Zusammensetzung hat sich wesentlich gebessert, denn die schwebende Schuld ist zum sehr erheblichen Teil in eine konsolidierte verwandelt worden; vor allem sind die täglich fälligen Vorschüsse (Ways and Means Advances), die die Regierung bei der Bank von England aufgenommen hat, (das Schatzamt unterscheidet jetzt zwischen Ways and Means Advances bei der Bank von England und bei andern Regierungsdepartements) zurückgezahlt worden; sie betrugen am 31. 3. 19 228,5, am 31. 1. 20 34,5 Mill. £; seit Anfang April hat die Regierung indessen wieder durch Fälligwerden von Schatzscheinen zu ihnen ihre Zuflucht nehmen müssen. So weit die nackten Tatsachen.

Chamberlain benutzte, wie gesagt, den revidierten Voranschlag vom Oktober, um seinen Optimismus zu begründen. Ob er dazu berechtigt ist, ist für den Außenstehenden schwer zu beurteilen, muß aber schon nach dem Gesagten in Frage gestellt werden. Doch sei noch auf folgendes hingewiesen: Das erste Budget von 1919 war offenbar bewußt optimistisch gefärbt, um sein Durchbringen im Parlament zu gewährleisten. Das Budget vom Oktober scheint bewußt schwarz gefärbt gewesen zu sein, um ein zugkräftiges Schlagwort: „Rettet das Land vor dem finanziellen Zusammenbruch!“ zur Stützung der Koalitionsregierung zu gewinnen. Die Inflation und die Teuerung und die hierin bedingte industrielle und kommerzielle Hochkonjunktur haben aber alle Berechnungen illusorisch gemacht und Rätselnraten an ihre Stelle gesetzt. Das endlich relativ günstige Ergebnis also ist als ein reiner Zufall zu betrachten, im Vergleich mit dem revidierten Budget aber geradezu als Irreführung.

Trotzdem fand der Etat im ganzen günstige Aufnahme. Die Kritik Asquiths richtete sich hauptsächlich dagegen, die Einnahmen aus der Veräußerung von Heeresbeständen als ordentliche in den Etat aufzunehmen. Wie schon dargelegt, ist dieser Einwurf unbegründet. Aber sonst hatte er prinzipiell wenig einzuwenden, und auch die Arbeiter stellten sich im ganzen auf den Boden des Budgets. Bei genauer Prüfung der Sachlage kann uns dies jedoch nicht wundern. Mit meisterhafter Geschicklichkeit hat es

Chamberlain verstanden, irgendwelche Parteiprogrammpunkte jeder Richtung zu verwirklichen. Ein paar Beispiele statt vieler:

Die Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer und die in Aussicht gestellte Abgabe vom Kapitalzuwachs ist eine Hauptforderung der Labour Party; desgleichen die Erhöhung der Einkommensteuer, die Heraussetzung des steuerfreien Minimums. Die konservativen bürgerlichen Parteien erhalten für diese Kränkung die Aufhebung der Landwertsteuer, die sie seit 1909 gefordert haben, eine Erleichterung mit Rücksicht auf Doppelbesteuerung, und wenngleich negativ, arg verklau-suliert und durch die Supertax verstümmelt, so doch an sich erfreulich: keine Erhöhung des Einkommensteuersatzes von 6 s je £. Die Liberalen endlich bekommen zur Beruhigung über den Schmerz, den ihnen die Aufhebung der Landwertsteuer verursacht, eine erneute scharfe Heranziehung des Luxuskonsums. Und das Resultat des Ganzen ist, was man wohl kaum erwarten zu können glaubte, und was einem Geschenk für alle patriotisch denkenden Engländer gleichkommt, der Etat balanziert. Er balanziert nicht nur, sondern wirft noch einen beträchtlichen Überschuß ab! —

Gleichwohl hat man Chamberlain den Vorwurf gemacht, zwei solche Budgets wie das vorliegende würden genügen, um das Land zu ruinieren: er erwiderte darauf, zwanzig solcher Budgets würden genügen, um die Staatsschuld zu tilgen. Aber man kann nicht verkennen, daß auch dieser Einwand gegen Chamberlains Budget seine Berechtigung hat; gewiß, zwanzig solcher Budgets würden genügen, die Staatsschuld zu tilgen, aber Voraussetzung dafür wäre, daß sie nicht schon in den ersten Jahren die Lebenskraft der englischen Volkswirtschaft lähmten. Bei der außerordentlich hohen Besteuerung des Einkommens bzw. des Kapitals, das dreimal ergriffen wird: durch die Kriegsgewinnsteuer, die Einkommensteuer, die Erbschaftssteuer und unter Umständen noch ein viertes Mal durch die Gesellschaftssteuer, ist fraglos mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die englische Volkswirtschaft sich verblutet. Mit gutem Grund wies daher Chamberlain darauf hin, daß eine Reihe Aktiva sich in der Hand des Schaßamts befänden, die geeignet seien, Erleichterungen zu schaffen: die noch

zu veräußernden Bestände an Kriegsmaterial, deren Verwertung sich auf Jahre hinaus erstrecke und die Schulden der Verbündeten und der Dominions. Diese setzte er vorsichtshalber nur mit dem halben Wert oder rund 850 Mill. £ ein und vorsichtshalber nahm er in der Aufmachung des Budgets überhaupt keine Rücksicht auf sie; und doch dürfte ihre Bedeutung für die dauernde Blüte Englands schwer zu überschätzen sein, denn es stehen ihnen Forderungen gegenüber, die die Vereinigten Staaten an England haben und diese werden einen unausgesetzten Druck auf die englische Valuta ausüben (die schlechte Valuta wiederum ist Ursache für Preissteigerung, Inflation, Papiergeldwirtschaft usw.), wenn nicht die Auslandsschulden mit Auslandsforderungen beglichen werden können.

*

England gehört zwar zu Europa, ist aber doch durch den Ärmelkanal davon getrennt. Gewiß, es ist England möglich gewesen, ein Budget aufzustellen, ohne Europa in die Berechnungen einzubeziehen, wenigstens nicht direkt; aber Englands ganzes Aufblühen, sein Handel und Wandel beruht auf dem Aufblühen und auf dem Gedeihen Europas. Der Kontinent von Europa aber ist ein zusammenhängendes Ganzes, das ohne Deutschlands Gedeihen nicht wieder aufleben kann. Schon darum muß es im eigensten Interesse Englands liegen, zu verhindern, daß französischer Chauvinismus triumphiert. Der Haltung Lloyd Georges gegenüber Deutschland scheinen diese Erwägungen zugrunde zu liegen, wozu noch kommt, daß Deutschland, falls Englands Tore für seinen Handel verschlossen bleiben, neue Beziehungen statt der alten Verbindungen suchen müssen wird. Wer die Augen offen hat, kann unschwer wahrnehmen, daß das schon heute geschieht und daß die neutral gebliebenen Staaten einen großen Teil des Handels an sich reißen, den früher die City fest in der Hand zu haben glaubte. Nur wenn England alle ihm sich bietenden Möglichkeiten voll ausnützt, wird es ihm möglich sein, die Budgetmethoden Chamberlains auf eine längere Reihe von Jahren auszudehnen, ohne daß das Land mit stagnierender Prosperität und sinkender Konjunktur infolge übermäßiger Besteuerung einem langen Siechtum und schließlich wirtschaftlichem und finanziellem Zusammenbruch entgentreift. Dr. Th. Plant

Vereinigte Staaten

Der Außenhandel im Jahre 1919 (I)

Während der Außenhandel fast des ganzen Jahres 1918 noch unter dem unmittelbaren Einflusse des Krieges, der mit ihm verbundenen Kriegsmateriallieferungen und einschneidenden Einstellung der Industrie auf den Kriegsbedarf stand, konnte sich im Jahre 1919 der Handel wieder auf andere Waren erstrecken. Namentlich haben sich die Beziehungen zu Europa entsprechend umgestaltet. Die Einfuhr von Europa steigerte sich auf mehr als das Doppelte, erreichte aber noch nicht die Höhe des letzten Friedensjahres 1913.

Bei allen unseren nachstehenden Betrachtungen ist natürlich im Auge zu behalten, daß die Aufstellungen nur auf Wertangaben beruhen, da Mengenangaben noch nicht zur Verfügung stehen, was angesichts der in den letzten Jahren stark veränderten Preislage bei Vergleichen berücksichtigt werden muß.

Betrachten wir zunächst den Außenhandel in Warengruppen nach der in den Vereinigten Staaten üblichen Einteilung, so erhalten wir für die letzten Jahre folgendes Bild:

Tabelle I

Einfuhr in 1000 \$:				
	1919	1918	1917	1913
Rohstoffe.....	1 674 255	1 220 285	1 268 180	604 962
Nahrungsmitt., unbearb..	545 288	345 653	385 725	220 785
bearbeitet	555 691	397 370	351 448	198 353
Halbfabrikate.....	610 324	649 585	541 483	340 250
Fertigfabrikate.....	492 333	404 908	387 921	413 439
Verschiedenes.....	26 515	13 412	17 710	14 807
Gesamteinfuhr	3 904 406	3 031 213	2 952 467	1 792 596
Ausfuhr in 1000 \$:				
	1919	1918	1917	1913
Rohstoffe.....	1 610 143	953 182	780 737	768 869
Nahrungsmitt., unbearb..	678 471	547 435	508 875	169 588
bearbeitet	1 962 720	1 405 820	806 740	324 827
Halbfabrikate.....	922 408	1 053 270	1 318 016	396 923
Fertigfabrikate.....	2 564 089	2 069 242	2 700 795	779 972
Verschiedenes.....	12 951	18 925	52 043	8 105
Summe.....	7 750 782	6 047 874	6 167 205	2 448 284
Wiederausf. v. War. fremd. Urspr.	171 369	101 213	64 040	35 734
Gesamtausfuhr	7 922 151	6 149 087	6 231 245	2 484 018

Die Einfuhr ist — mit Ausnahme der Halbfabrikate — gegenüber dem Vorjahre in sämtlichen Warengruppen gestiegen, am meisten bei Nahrungsmitteln (unbearbeitete 57,5 %, bearbeitete 40,0 %) und Rohstoffen (37,2 %). — Gegenüber dem Jahre 1913 treten in der Einfuhrsteigerung am markantesten die bearbeiteten Nahrungsmittel (180,8 %) und Rohstoffe (176,7 %) hervor. Bei letzteren dürfte wegen des ungeheuren Aufschwunges der Automobilindustrie der Rohgummi eine Hauptrolle spielen.

Die Ausfuhr der Rohstoffe weist gegenüber 1918 mit 68,9 % die größte Zunahme auf, während im Vergleich mit 1913 die bearbeiteten Nahrungsmittel unter allen Gruppen am höchsten gestiegen sind und zwar um 504,0 %, wohingegen Rohstoffe nur um 109,3 % und Fertigfabrikate um 228,7 %. — Halbfabrikate bilden, abgesehen von den unter „Verschiedenes“ untergebrachten Gegenständen, die einzige Gruppe, deren Ausfuhr gegen 1918 eine Abnahme zu verzeichnen hat und zwar um 12,4 %; ihre Zunahme gegen 1913 ist 132,2 %.

Die Verteilung der Ein- und Ausfuhr auf die verschiedenen Erdteile gibt folgende Aufstellung:

Tabelle II

Einfuhr in 1000 \$:

	1919	1918	1917	1913
Europa	750 569	318 127	551 145	864 666
Nordamerika	1 157 771	976 400	871 983	389 815
Südamerika	687 525	609 371	598 819	198 259
Asien	1 041 444	853 443	758 237	281 407
Australien u. Ozeanien	154 908	188 456	99 221	34 720
Afrika	112 187	85 506	73 064	23 730
Gesamteinfuhr	3 904 406	3 031 304	2 952 467	1 792 596

Ausfuhr in 1000 \$:

	1919	1918	1917	1913
Europa	5 185 980	38 58 705	4 054 362	1 499 573
Nordamerika	1 295 812	13 25 582	1 264 689	601 176
Südamerika	442 127	3 02 840	312 421	146 515
Asien	703 667	4 45 549	431 150	126 123
Australien u. Ozeanien	195 894	1 57 514	117 159	81 703
Afrika	98 669	59 199	51 465	28 927
Gesamtausfuhr	7 922 150	6 149 392	6 231 245	2 484 018

Das als „Nordamerika“ bezeichnete Gebiet umfaßt: Kanada, Zentralamerika, Mexiko, Britisch-Westindien, Kuba, Dominikanische Republik, Niederländisch-Westindien und Haiti.

Die Ausfuhr nach Europa, die 1918 gegenüber 1917 zurückgegangen war — hauptsächlich wohl durch Eintreten des Waffenstillstandes —, steigerte sich wieder erheblich und erreichte fast das 3½ fache des Jahres 1913; die Zunahme gegen 1913 betrug 245,8 %. Daneben ist am bedeutendsten die Steigerung der Ausfuhr nach Südamerika (201,7 %) und nach Afrika (241,7 %), vor allem aber nach Asien (457,8 %).

Interessant ist eine Gegenüberstellung der entsprechenden Zuwachswerte für die gleiche Zeitperiode vor dem Kriege 1907—1913:

Tabelle III

Zunahme der Ausfuhr in %:

	1913—1919	1907—1913
Nach Europa	245,8	14,1
„ Südamerika	201,7	71,1
„ Afrika	241,7	52,9
„ Asien	457,8	35,4
Gesamtausfuhr	218,9	29,0

Es ist also ersichtlich, daß von den angeführten Erdteilen Südamerika erst in letzter Linie für die Ausdehnung des amerikanischen Außenhandels in Betracht kommt, während die Ausfuhr nach Asien ungemein gestiegen ist, das Umgekehrte des Bildes, das uns die Periode 1907—13 bietet.

Die Einfuhr aus Europa zeigt bis zum Jahre 1918 einschließlich naturgemäß ein starkes Abflauen, während sie sich

im ersten Friedensjahre wieder erholt und sich den Vorkriegswerten genähert hat. Die Einfuhr aus den übrigen Erdteilen ist jedoch auch während der Kriegsjahre gestiegen und zwar am meisten die afrikanische — um 366,6 %: dann folgen Australien und Ozeanien mit 342,8 %, Asien mit 270,4 %, Südamerika mit 247,4 % und Nordamerika mit 196,9 %. —

Während sich also der Schwerpunkt der Ausfuhr — abgesehen von Europa — von Südamerika nach Asien verschoben hat, sind in der Einfuhr im Verlaufe des Krieges prozentual am erheblichsten Afrika und Australien mit Ozeanien in den Vordergrund getreten. In Rücksicht auf die allgemein vorherrschende Ansicht, daß heute Südamerika der hauptsächlichste Schauplatz für die Entwicklung der amerikanischen Ausfuhr sei, möge nochmals darauf hingewiesen werden, in wieviel höherem und steigenderem Maße Asien Abnehmer der Vereinigten Staaten geworden ist.

Aus vorstehenden Tabellen ergibt sich die Handelsbilanz für 1919 bzw. 1913 mit folgenden Wertzahlen in 1000 \$:

Tabelle IV

	1919	1913	Zunahme in %
Ausfuhr	7 922 150	2 484 018	5 438 132
Einfuhr	3 904 406	1 792 596	2 111 810
Ausfuhrüberschuß ...	4 017 744	691 422	3 326 322

In obigen Aufstellungen ist die Ein- und Ausfuhr von Gold und Silber nicht enthalten. Da diese aber zurzeit von besonderem Interesse ist (vgl. Nr. 17 v. 23. 4. 20: „Die Überschätzung des amerikanischen Wettbewerbs“), soll auch ein Überblick über ihre Gestaltung während der letzten Jahre gegeben werden.

Tabelle V

Einfuhr in 1000 \$:

	1919	1918	1917	1916
Gold	76 534	62 043	552 454	685 990
Silber	89 410	71 375	53 340	32 263
Zusammen ...	165 944	133 418	605 794	718 253

Ausfuhr in 1000 \$:

	1919	1918	1917	1916
Gold	368 185	41 069	371 884	155 792
Silber	239 021	252 846	84 131	70 595
Zusammen ...	607 206	293 915	456 015	226 387

Bilanz des Edelmetallverkehrs (Gold und Silber zusammen) in 1000 \$:

	1919	1918	1917	1916
Einfuhr	165 944	133 418	605 794	718 253
Ausfuhr	607 206	293 915	456 015	226 387
Einfuhrüberschuß ...	—	—	149 779	491 866
Ausfuhrüberschuß ...	441 262	160 497	—	—

Im Jahre 1917 ist der Einfuhrüberschuß für beide Metalle zusammen bereits erheblich zurückgegangen — gegen das Vorjahr um 69,5 % —, im nächsten Jahre tritt an seine Stelle ein Ausfuhrüberschuß, der 1919 von 160,5 auf 441,2 Mill. \$, also um 174,9 % steigt. Der Ausfuhrüberschuß des Jahres 1918 ist hauptsächlich auf Kosten des Silbers eingetreten, die geringe Goldausfuhr läßt das 1918 in Kraft befindliche Ausfuhrverbot für dies Metall erkennen. Nach Beseitigung dieser Bestimmung ist dann aber die Goldausfuhr 1919 um 796,5 % emporgeschellt, und es ergibt sich in diesem Jahre ein Ausfuhrüberschuß von 291,65 Mill. \$ für Gold allein; daher mehrten sich in den Vereinigten Staaten die Stimmen, die eine Wiederherstellung des Ausfuhrverbotes für Gold verlangen.

Die Silbereinfuhr ist in den letzten vier Jahren ziemlich gleichmäßig gestiegen, während die Ausfuhr 1918 unter dem Einflusse des Goldausfuhrverbotes und der staatlichen Silbermünzeneinschmelzung zwecks Zahlungen nach Asien um 201,1 % emporgeschellt ist und sich 1919 auf ungefähr derselben Höhe gehalten hat.

Rud. Haefcke

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
	4. 5.	4. 5.	4. 5.	4. 5.
Amsterdam, 100 fl.	2027,50	2025,—	—,—	205,25
Barcelona, 100 Pesetas	—,—	935,—	46,80	95,70
Berlin, 100 M	—,—	—,—	49,25	10,10
Brüssel, 100 fr	362,50	360,—	17,85	36,50
Budapest, 100 K	—,—	24,—	—,—	—,—
Buenos Aires	—,—	—,—	—,—	249,—
Heisingtors, 100 FM	300,—	291,—	—,—	—,—
Kopenhagen, 100 Kr	942,50	930,—	46,90	96,—
Kristiania, 100 Kr	1067,50	1065,—	52,95	108,—
London, 1 £	214,75	219,—	10,61	21,76
Madrid, 100 Pesetas	—,—	935,—	46,80	95,70
New York, 1 \$	55,—	55,11	2,75	5,64
Paris, 100 fr	337,—	338,—	16,85	34,40
Prag, 100 K	—,—	87,50	—,—	8,80
Rom, 100 Lire	245,—	250,—	12,65	25,50
Stockholm, 100 Kr	1185,—	1175,—	58,85	120,—
Wien, 100 K	27,50	26,25	1,37 1/2	2,75
Zürich, 100 fr	990,—	982,50	49,05	—,—

	Wien	Prag	Paris	London*)	New York
	4. 5.	4. 5.	29. 4.	29. 4.	3. 5.
Amsterdam, 100 fl	74,—	—,—	599,—	—,—	—,—
Berlin, 100 M	408,—	114,25	28,25	—,—	1,74
Kopenhagen, 100 Kr	35,75	—,—	283,70	24,65	—,—
London, 1 £	—,—	—,—	63,48	—,—	3,80 60/100
New York, 1 \$	—,—	—,—	1638,—	3,87	—,—
Paris, 100 fr	—,—	—,—	—,—	—,—	16,59
Wien, 100 K	—,—	28,—	—,—	—,—	—,—
Zürich, 100 fr	37,—	—,—	293,—	22,75	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländischen Einheiten für 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	4. 5.	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	—91,68	—91,82	—87,62	—90,15	+247,00	—
Österr. Krone	—97,27	—97,38	—	—	—	—
Französ. Frank	—64,90	—65,60	—50,—	—60,07	—	—
Pfund Sterling	—12,38	—13,72	+24,44	—0,00	—	—
Dollar	+10,54	+8,88	+57,91	+26,02	—	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	24. 4.	29. 4.
Alexandrien	97 7/16 pari	97 7/16 pari
Bombay/Kalkutta	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d	2 s 3 3/4 d—2 s 3 7/8 d
Hongkong	4 s 10 1/2 d	4 s 8 1/2 d
Schanghai	6 s 9 d—6 s 11 d	6 s 5 d—6 s 7 d
Singapore	2 s 3 3/8 d—2 s 3 7/8 d	2 s 3 3/4 d—2 s 4 d
Yokohama	2 s 5 d—2 s 5 3/4 d	2 s 7 d—2 s 7 1/4 d
Montevideo T.T.	59 3/4 d—60 1/4 d	60 3/8 d—60 7/8 d
Rio de Janeiro	16 3/8 d	16 1/2 d
Buenos Aires T.T.	60 3/8 d—60 7/8 d	60 d—60 1/8 d
Valparaiso 90 T.	12 11/16 d	12 7/16 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Gold-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen sind in Deutschland im März d. J. nicht geprägt worden. Lediglich Eisenmünzen im Betrage von 849 394 M, Zinkmünzen im Betrage von 1 801 073 M und Aluminiummünzen (Fünzigpfennigstücke) für 3 116 773 M. („Deutsche Allg. Ztg.“, Nr. 187 v. 22. 4. 20.)

Der Reichsfinanzminister hat das Goldaufgeld für Mai unverändert auf 900 % festgesetzt.

In nordschleswigschen Handelskreisen machen sich Bestrebungen geltend, um die Durchführung des Gesetzesentwurfes über die Valutaregelung zu verhindern. Es wird der Beginn der vorbereitenden Arbeiten gefordert, damit die verschiedenen Gesetze ausgearbeitet werden können. Ferner wird verlangt, daß keine Entschädigung für Summen von über 5000 M festgesetzt werde, bevor man keine bessere Übersicht habe. („Deutsche Allg. Ztg.“, Nr. 185 v. 21. 4. 20.)

Der oberste luxemburgische Gerichtshof hat entschieden, daß die Valorisation der deutschen Mark mit luxemburgischen Franken nur erfolgt bei Luxemburgern, die im Lande wohnen, oder bei Fremden, die sich im Großherzogtum vor dem 1. 8. 14 befanden, nicht aber zum Nutzen von Luxemburgern, die im Auslande wohnen. („Frankf. Ztg.“, Nr. 297 v. 23. 4. 20.)

Bei Fortsetzung der Budgetdebatte in der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wies Staatssekretär der Finanzen Reich darauf hin, daß die Staatseinnahmen an Steuern und Gebühren und die direkten Steuern, die bis Ende Februar gegenüber den veranschlagten 345 Mill. ein Plus von 342 Mill. K aufweisen, bis zum Ende der Steuerperiode um weitere 500 Mill. K ansteigen würden. Fast 3 Milliarden der vermehrten Notenzirkulation hätten ihren Gegenwert in vollständig unbestreitbaren Gegenposten, wie Bezahlung rückständiger Schulden für Heereslieferungen, Abstoßung schwedischer und holländischer Kredite usw. Man dürfe nicht versuchen, eine neue Notenbank in zu frühem Stadium zu erzwingen, sondern müsse sich zunächst darauf beschränken, das Währungssystem durch entsprechend hohen Barkredit im Auslande zu verbessern und zu erleichtern. Wie der Staatssekretär ankündigte, werde als Übergang von der Losanleihe zur Ausgabe normaler Anleihen in kürzester Frist der Versuch gemacht werden, durch Ausgabe eines mehrjährigen höher verzinslichen Schatzscheines die umlaufenden und gehamsterten Notenbestände an sich zu ziehen. Dieser Versuch soll besonders auch im Auslande, so in Deutschland, in der Schweiz und in Holland gemacht werden, wo deutsch-österreichische Noten auf den Markt drucken. („Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung“, Nr. 217 v. 28. 4. 20.)

In Ungarn wurde die Einfuhr von Ein- und Zweikronennoten der Österreichisch-Ungarischen Bank verboten. Im Reise- und Grenzverkehr dürfen diese Banknoten ohne Bewilligung des Finanzministeriums lediglich bis zum Betrage von 100 K eingeführt werden. („Industrie- und Handels-Ztg.“, Nr. 88 v. 25. 4. 20.)

Die „Gazzetta Ufficiale“ veröffentlicht eine Verordnung, die die von der Regierung getroffenen Maßnahmen zur Stützung der italienischen Valuta enthält. Danach müssen die von Seiten der Exporteure erworbenen Devisen dem nationalen Wechselinstitut zur Verfügung gestellt werden. Die Produzenten haben ein Vorzugsrecht auf Erwerb von Devisen für die Zahlung von Konsumgütern und Halbfabrikaten sowie von notwendigen Maschinen. Auch die den Exporteuren im Ausland erteilten Kredite sind dem nationalen Wechselinstitut zur Verfügung zu stellen. Die Fabrikanten und Grossisten, die größere Mengen ausländischer Erzeugnisse auf dem Inlandsmarkt verkaufen, als ihnen amtlich zugewiesen sind, haben eine Geldstrafe zu gewärtigen, welche mindestens die Hälfte und höchstens das Doppelte des Preises der außerhalb des Kontingents verkauften Waren beträgt. Auf den Verkauf von ausländischen Produkten, die nicht in jeder Beziehung den amtlichen Vorschriften entsprechen oder deren Absatz in Italien überhaupt verboten ist, ist eine Geldstrafe von 100 bis 1000 Lire festgesetzt; außerdem ist von Zuwiderhandelnden auch in diesen Fällen zum mindesten die Hälfte und höchstens das Doppelte des aus dem unerlaubten Verkauf erzielten Erlöses abzuliefern. Jede Übertretung des amtlich festgesetzten Verkaufspreises der kontingentierten Waren wird mit 200 bis 2000 Lire Geldstrafe und mit Ablieferung des durch den widerrechtlichen Verkauf erzielten Erlöses bestraft. Die Hinterziehung des aus der Ausfuhr kontingentierter Waren erzielten Erlöses wird mit einer dem hinterzogenen Werte entsprechenden Geldstrafe bestraft. („Industrie- und Handels-Ztg.“, Nr. 87 v. 24. 4. 20.)

Dem finnischen Reichstag soll noch in dieser Session ein Gesetzesvorschlag unterbreitet werden, in dem die gegenwärtige Lage der Banknoteinlösung bestätigt, Finnlands Bank also bis auf weiteres von der Verpflichtung befreit werden soll, ihre Banknoten einzulösen, und in dem diese Banknoten gleichzeitig als gesetzliche Zahlungsmittel für alle Verbindlichkeiten anerkannt werden. Ferner will man vorschreiben, daß Obligationen mit Zinsscheinen, die sowohl in finnländischer als auch in ausländischer Währung ausgestellt sind, wenn der Inhaber Ausländer ist, in Gemäßheit des Wortlauts der Obligationen und nach der Wahl des Inhabers entweder in finnischer Währung oder in der Währung des Landes, in dem die Obli-

gation Ende 1914 untergebracht war, eingelöst werden sollen. Wenn der Inhaber finnischer Staatsangehöriger ist oder es 1914 war, soll die Bezahlung in finnischer Währung erfolgen.

In London stieg der Goldpreis am 23. 4. um 9 d auf 106 s 9 d je Unze. Das beträchtliche Angebot übernahmen Indien und das Kap. („Industrie- und Handels-Ztg.“, Nr. 90 v. 28. 4. 20.)

Die Goldeinfuhr Argentinien im Jahre 1919 betrug sich auf 40 510 000 \$ gegen 25 847 000 \$ im Jahre 1917; 1918 wurde kein Gold eingeführt. („Industrie- und Handels-Ztg.“, Nr. 90 v. 28. 4. 20.)

Staatsanleihen

Wie wenig die ungünstige Lage der französischen Finanzen durch die letzte französische Anleihe gebessert worden ist, geht aus der Tatsache hervor, daß nach einem soeben abgeschlossenen Vertrag zwischen dem Staat und der Bank von Frankreich das Maximum der Vorschüsse der letzteren in Höhe von 27 Milliarden vorerst aufrechterhalten wird an Stelle des vom Parlament vorgesehenen Höchstbetrages von 24 Mil-

liarden. Der Staat verpflichtet sich, ab 1. 1. 21 mindestens 2 Milliarden jährlich zurückzuzahlen. Die Rückzahlung der 3 Milliarden, welche das von der Kammer festgesetzte Maximum von 24 Milliarden übersteigen und welche sofort aus dem Erlös der letzten Anleihe hätten zurückgezahlt werden sollen, erfolgt auch erst am 31. 12. d. J. („Voss. Ztg.“, Nr. 212 v. 26. 4. 20.)

Das italienische Gouvernement hat beschlossen, an dem Kredit der Interalliierten für Deutsch-Österreich bis zur Höhe von 100 Mill. teilzunehmen und zwar in Form von Rohmaterial und Nahrungsmitteln italienischen Ursprungs. („Financial News“, Nr. 10 945 v. 19. 4. 20.)

Die große rumänische innere Anleihe, über die an dieser Stelle bereits berichtet wurde, soll, wie nachträglich bekannt wird, innerhalb von 40 Jahren getilgt werden. Die Auslosungen finden halbjährlich am 1. 9. und 1. 3. jedes Jahres statt. Die erste Auslosung erfolgt am 1. 9. 21.

Argentinien beabsichtigt eine innere Anleihe von 600 Mill. Pesos aufzunehmen zur Ablösung der schwebenden Schuld und zur Durchführung wichtiger öffentlicher Arbeiten. („Frankf. Ztg.“, Nr. 308 v. 28. 4. 20.)

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1919 bzw. 1919/1920

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorrechts- Anleihen	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vorräte	Abschreibungen		Reinverbleib (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7 + 8) in % v. Spalte 3—6	Dividenden					
							Summe in 1000 M.	in % vom Wert			1919 19/20	1918 18/19	1917 17/18	1916 16/17	1915 15/16	1914 14/15
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
A.-G. für Zinkindustrie, Oberhausen	31/12	5 000	987	500	112	—	—	—	1 489	22,57	12	5	5	5	5	5
Milowicer Eisenwerk	31/12	5 000	22	21	?	?	?	?	2 229	?	?	0	0	0	0	0
Nordd. Hütte A.-G., Oslebshausen	31/12	5 994	5 639	600	1 183	1 669	31,62	1 253	9,34	15	10	10	6	0		
Oberschles. Koks- u. Chem. Fabriken, A.-G., Oberheinsdorf	31/12	21 500	12 607	2 150	?	2 068	8,60	8 533	29,25	17	17	17	17	17		
Rheinisch-Nassauische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Stolberg	31/12	10 000	—	1 779	3 696	1 921	17,85	7 617	61,63	12	12	15	22	16 1/2		
Steffens & Nölle, A.-G., Berlin	31/12	9 000	192	900	184	290	5,82	1 805	20,19	15	10	10	7	5		
Braunkohlen- u. Briketwerke Roddergrube, Brühl	31/12	30 000	9 073	2 305	23 027	4 739	6,60	6 297	18,29	18	10	14	14	14		
Essener Steinkohlenbergwerk, A.-G., Essen	31/12	25 000	13 861	2 500	2 851	2 028	6,31	3 537	12,58	12	14	12	10	10		
Köln-Neuß. Bergwerksverein, Altenessen .	31/12	10 500	—	2 937	26 511	2 525	8,03	7 254	24,48	15	66 2/3	40	40	35		
„Königsborn“, A.-G. f. Bergbau, Salinen- u. Soolbad-Betr., Unna	31/12	11 000	4 745	2 925	1 541	1 800	14,01	1 443	16,05	12	13	18	15	10		
Alkaliwerke Ronnenberg, Hannover	31/12	22 000	16 834	1 618	276	9 972	44,54	6 463	40,35	25	8	8	4	0		
Kaliwerke Ummend. Eisleben A.-G., Berlin	31/12	10 000	6 556	30	722	2 677	30,93	3 090	33,28	1)	—	—	—	5		
„Adler“, Deutsche Portland-Cement-Fabr., A.-G., Berlin	31/12	5 500	1 892	1 217	547	655	8,82	384	11,35	6	15	0	0	3		
Portland-Cementfabrik Hemmoor	31/12	5 400	1 700	1 129	84	403	9,01	*) 320	—	0	6	6	0	0		
Schles. A.-G. f. Portland-Cement-Fabri- kation, Gröschowitz	31/12	7 700	—	2 331	82	1 000	15,92	985	19,63	10	8	10	7	4		
Wickingsche Portland-Cement- u. Wasser- kalkwerke A.-G., Münster	31/12	7 410	2 496	1 102	571	1 205	17,98	2 078	28,31	?	12	12	0	0		
Linke-Hoffmann Werke, A.-G., Breslau ..	31/12	19 300	15 215	9 492	1 270	2 965	15,63	4 476	16,17	St. 17 V. 41 1/2	24 1/2	24 1/2	24 1/2	17 1/2		
Nationale Automobil-Ges., A.-G., Berlin .	31/12	11 500	6 465	2 575	476	1 336	14,44	2 191	10,43	12	10	15	12	10		
Robert Bosch A.-G., Stuttgart	30/9	12 000	—	600	?	—	—	2 051	16,26	—	?	8	10			
Niedersächs. Kraftwerke A.-G., Osnabrück	31/12	6 000	50	50	2 057	880	5,70	170	12,26	3	3	3	3	4		
Sächs. Elektrizitäts-Lieferungs-Ges., A.-G., Oberlungwitz	31/12	6 500	5 815	1 582	4 420	771	3,82	727	8,18	?	10	10	10	10		
A.-G. d. Chem. Prod.-Fabrik, Pommerndorf	31/12	14 000	80	2 578	475	357	8,19	860	7,10	10	10	10	10	10		
Chem. Fabrik v. Heyden, A.-G., Radebeul	31/12	10 000	3 217	4 220	290	3 447	21,93	2 553	33,85	16	16	25	25	16		
Th. Goldschmidt, A.-G., Essen	31/12	17 000	6 078	2 780	397	630	7,65	2 111	10,44	12	12	12	12	12		
Deutsche Petroleum A.-G., Berlin	30/9	35 000	—	1 538	?	11	100,—	2 719	7,47	—	?	8	8	8		
H. Schlinck & Cie., A.-G., Hamburg	31/12	5 300	1 755	1 230	100	229	10,—	450	8,10	8	5	7	7	10		
Ges. für Markt- u. Kühlhallen, Hamburg.	31/12	7 500	2 705	834	646	673	6,15	1 272	17,27	8	7	7	6	5		
Thüringer Gasgesellschaft, Leipzig	31/12	12 300	6 090	8 050	24 379	2 001	4,34	2 536	14,72	16	16	16	16	14		
Wasserwerk für d. nördliche westfälische Kohlenrevier, Gelsenkirchen	31/12	28 000	1 331	6 315	45	2 848	8,53	2 540	10,50	8 1/2	8 1/2	8 1/2	10	9		
Bremer Woll-Kämmerei, Blumenthal	31/12	5 000	613	6 500	849	1 525	18,42	1 220	13,47	20	15	48	18	18		
Meyer-Kauffmann, Textilw., A.-G., Breslau	31/12	7 000	—	3 081	225	339	13,79	1 594	18,75	10	9	9	8 1/2	10		
Gebr. Adt, Villingen (Papier)	31/7	5 800	—	407	276	200	17,73	767	17,60	—	?	15	10	7		
Feldmühle, Papier- u. Zellstoffw., Berlin	31/12	10 000	6 960	3 301	2 926	1 655	14,62	2 861	19,47	25	12	20	14	8		
Gebr. Fahr A.-G., Pirmasens (Leder)	31/12	5 000	—	500	700	97	100,—	568	9,16	10	8	12	20	20		
J. Sigle & Cie., Schuhfabr., A.-G., Korn- westheim	31/12	15 000	—	576	593	348	24,44	1 664	12,40	St. 7 V. 6	7	7	7			
Continental-Caoutchouc- u. Guttapercha- Comp., Hannover	31/12	15 000	600	19 050	11 102	2 330	24,97	8 341	18,23	30	30	30	30	30		

*) Verlust. 1) Rückständige Vorzugsdividende für 1916, 1917, 1918, 1919: Stammaktien 3 %, Vorzugsaktien 13 % bezahlt

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorrats- Anl. d. Bank	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vortrag	Abschreibungen		Reingewinn nach Abschreibungen in 1000 M.	Rentabilität (7+8) in % v. Zeile 3-6	Dividenden				
							Summe in 1000 M.	in % vom Wert			1919 1920	1918 18/19	1917 17/18	1916 16/17	1915 15/16
							in 1000 M.								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Ruberoidwerke A.-G., Hamburg	31/12	5 500	—	250	1 947	141	11,93	749	11,56	10	10	10	6	6	
Dyckerhoff & Widmann, A. G., Biebr. a. Rh.	31/12	6 000	1 805	600	897	557	16,13	672	13,21	?	9	10	7	6	
Braunsch. Bank- u. Kreditanstalt, A.-G., Braunschweig	31/12	20 000	—	2 720	?	—	—	1 778	7,82	7 1/2	6 1/2	6 1/2	6	5	
Frankfurter Bank	31/12	18 000	—	5 900	460	10	13,80	1 541	6,33	7	8	9	9	9	
Hildesheimer Bank	31/12	12 000	—	5 000	?	—	—	1 376	8,09	9	9	9	8	7 1/2	
Mecklenburgische Bank, Schwerin	31/12	5 000	—	441	18	18	12,16	277	12,08	8	8	8	8	8	
Siegener Bank f. Handel u. Gewerbe, Siegen	31/12	6 000	—	1 720	857	4	1,98	746	8,74	7 1/2	7 1/2	7 1/2	7	6	
Westholsteinische Bank, Heide	31/12	12 000	—	3 681	702	602	3,75	1 741	14,39	10	8	8	8	6	
Bank für Grundbesitz, Leipzig	31/12	7 500	2 283	900	2 244	—	—	575	4,45	6	0	0	0	0	
Deutsche Grunderedit Bank, Gotha	31/12	18 000	3)	5 220	2 753	32	3,20	2 130	8,20	9	9	9	9	9	
Frankfurter Hypothekenbank, Frankfurt	31/12	22 000	4)	21 330	2 045	—	—	3 435	8,30	10	10	9 1/2	9 1/2	9 1/2	
Württemberg. Hypothekenbank, Stuttgart	31/12	13 000	5)	5 420	2 828	—	—	1 446	6,80	8	8	8	7 1/2	7 1/2	
Trenhandbank f. d. elektr. Industrie A.-G., Berlin	31/12	25 000	—	647	46	—	—	2 087	15,18	7	0	4 1/2	4	0	
Deutsche Schiffskreditbank A.-G., Duisbg.	31/12	7 7 000	—	700	243	—	—	104	4,—	?	0	—	—	—	
A. E. G. Schnellbahn A.-G., Berlin	31/12	48 500	52 080	?	?	—	—	—	—	St. 4 1/2 V. 5	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	
Schlesische Kleinbahn A.-G., Kattowitz	31/12	10 000	11 855	792	23	707	15,57	673	6,09	6	5	2 1/2	2 1/2	2 1/2	
Straßenbahn Hannover	31/12	24 000	11 121	2 703	11 954	3 167	5,56	1 463	9,49	6	6	5 1/2	3 3/4	23 1/4	
Hambg. Freihafen-Lagerhs. Ges., Hamburg	31/12	9 000	11 617	900	5 379	282	1 05	275	2,07	3	3 1/2	3 1/2	3 1/2	5	

2) Nicht eingezahlt 3 000 000 M. 3) Pfandbriefe 317 998 500 M. im Umlauf. 4) Pfandbriefe und Kommunalobligationen 526 938 800 M. im Umlauf. 5) Hypothekenpfandbriefe 214 516 000 M. im Umlauf. 6) Nicht eingezahlt 11 250 000 M. 7) Nicht eingezahlt 5 250 000 M. 8) Ferner 5 % auf Gewinnanteilscheine. Fab. Landau

Bei den Gesellschaften, von denen wir keine Jahresabrechnung erhalten haben, sind die Angaben, wie sie im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden, gebracht und ist daher die Verteilung des Reingewinnes nicht zu ersehen. Wir ersuchen daher alle Aktiengesellschaften um Zusendung der Jahresabrechnungen.

Schifffahrt und Schiffbau

Frankreich

Staat und Handelsflotte. Bei den im „W.-D.“ Nr. 17 erwähnten Differenzen zwischen der französischen Regierung und der Reederei spielt die Frage, ob freie Schifffahrt oder Monopol der Flagge oder Subvention durch den Staat das Richtige sei, eine Hauptrolle. Es gibt in Frankreich, nachdem durch Gesetz vom Jahre 1866 die Häfen den Schiffen aller Länder geöffnet worden sind, nur noch ein Monopol der heimischen Flagge in der Küstenschifffahrt und in der Schifffahrt zwischen Frankreich und Algier. Seit dem Kriege denkt man daran, mit der Freiheit der Flaggen wieder aufzuräumen. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Regierung ist aber noch nicht ans Tageslicht gekommen, er scheint vorläufig noch zurückgehalten zu werden, zumal gegen die Monopolidee ein heftiger Widerstand entbrannt ist. Von den Gegnern wird darauf hingewiesen, daß ja selbst in der Algierfahrt das Monopol während des Krieges nicht hat aufrecht erhalten werden können und auch kürzlich noch für zwei weitere Jahre ausgesetzt wurde. Die französische Handelsflotte ist zurzeit nicht imstande, den Anforderungen, besonders der Einfuhr nach Frankreich, zu entsprechen und man verheißt sich nicht, daß die Wiedereinführung des Monopols Gegenmaßnahmen in anderen Ländern hervorrufen wird.

Auf der anderen Seite ist die seit 35 Jahren befolgte Politik der Subventionen während des Krieges in Fortfall gekommen. Die künftige Wirtschaftspolitik Frankreichs muß daher versuchen, beide Irrtümer der Vergangenheit zu vermeiden und neue Wege zu gehen. P. W.

Die französische Staatsflotte. Der während des Krieges auf Staatskosten betriebene Schiffskauf und Schiffsbau hat der französischen Regierung zu dem Besitz einer stattlichen Tonnage verholfen, die sich nach dem „Journal de la Marine Marchande“ zurzeit wie folgt zusammensetzt:

Frachtdampfer	Schiffe	Br. R. T.
a) hölzerne	20	40 000
b) stählerne	20	48 253
Dampfer mit Kühlvorrichtungen	2	6 200
Dampfschoner	39	81 900
Motorschoner	8	10 089
Dampfleichter	5	14 000
Motorleichter	49	49 000
Leichter aus Eisenbeton	1	800
Zusammen	144	250 251

Dazu sind von der Regierung bei französischen Werften bestellt:	Schiffe	Br. R. T.
Passagier- und Frachtdampfer	8	46 988
Frachtdampfer (stählerne)	72	190 116
Leichter (Eisenbeton)	53	42 400
Schlepper	24	—
Zusammen	157	279 504

A. K.

Baufträge der französischen Schifffahrtsgesellschaften bei heimischen Werften. Die französischen Werften sind mit Bauaufträgen überladen. Zu den Regierungsaufträgen (s. vorstehende Notiz) haben sich die Bestellungen der privaten Reedereien gesellt, deren Zahl und Umfang voraussichtlich noch weiter zunehmen wird. Dem „Journal de la Marine Marchande“ zufolge sind bei französischen Werften zurzeit für private Rechnung im Bau oder bestellt:

für	Br. R. T.
Chargeurs Réunis	16 Fracht u. Passag.-D. 142 940
	4 Frachtdampfer... 24 000
Générale Transatlantique	2 Passagierdampfer... 40 000
	2 Frachtdampfer... 13 000
Soc. Navale de l'Ouest	4 Frachtdampfer... 16 800
Sud-Atlantique	1 Passagierdampfer... 15 000
Comp. Fraissinet	4 Frachtdampfer... 13 600
Cyprien Fabre	1 Passagierdampfer... 12 000
Usine de Basse Loire	5 Frachtdampfer... 12 425
Soc. Générale d'Armement	2 Frachtdampfer... 4 970
Affréteurs Réunis	1 Frachtdampfer... 4 500
Chargeurs de l'Ouest	1 Frachtdampfer... 3 180
Denain et Anzin	1 Frachtdampfer... 2 400
Chemins de fer de l'Etat	1 Passagierdampfer... 2 000
Comp. de Navigation mixte	1 Frachtdampfer... ?
Zusammen	46 Dampfer von 306 815

Es sind demnach zurzeit 586 000 Br. R. T. staatlicher und privater Neutonnage bei französischen Werften im Auftrag gegeben. Der größte Neubau ist der von der Generale Transatlantique bestellte Passagierdampfer Paris mit 30 000 Br. R. T. Die genannte Gesellschaft hat außer den bei französischen Werften bestellten Schiffen noch weitere in England im Bau. Sie hat ferner ihre Tonnage in letzter Zeit durch Ankauf von einem Fracht- und Passagierdampfer sowie acht Frachtdampfern vergrößert. A. K.

Frankreich und die Verteilung der deutschen Tankdampfer. Die Verhandlungen über die Verteilung der deutschen Petroleumdampfer, in der Hauptsache der früheren Schiffe der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Es ist besonders die Standard Oil Cie., die durch geschickte Politik die Schiffe einmal als deutsche, dann als amerikanisches Eigentum erscheinen ließ, um sie in beiden Staaten vor Beschlagnahme zu retten, die den Unwillen der beteiligten Kreise in Frankreich hervorruft. 70 000 t dieser Schiffe sollen zurzeit untätig in englischen Häfen liegen und der französische Finanzminister hat erneut energisch darauf hingewiesen, daß die Wiedergutmachungskommission endlich für die Überweisung eines entsprechenden Anteils an Frankreich eintreten müsse. P. W.

Vereinigte Staaten

Vereinbarung von Frachttarifen für die Ozean-Schifffahrt. Aus Washington kommt die Meldung, daß zwischen dem amerikanischen Schifffahrtsamt und den Vertretern ausländischer Schifffahrtsgesellschaften die Festsetzung von Frachttarifen für die Ozeanschifffahrt grundsätzlich beschlossen worden sei, um Unterbietungen und ruinösen Wettbewerb zu verhindern. An dem Abkommen sollen von amerikanischen Häfen fahrende englische, französische, italienische, japanische, norwegische und andere fremde Reedereien beteiligt sein. Die Tarife selbst sollen auf einer späteren Konferenz festgesetzt werden und zwar sowohl für die atlantische, wie für die pazifische Fahrt.

Bestätigt sich die Nachricht, ist es also den Amerikanern gelungen, auf dem Wege der Vereinbarung die Konkurrenz der fremden Flaggen auszuschalten, so ist damit ein wichtiger Schritt zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Schiffe getan. Man wird ausführlichere Mitteilungen abwarten müssen, um die ganze Tragweite des Abkommens überschauen zu können. Insbesondere dürfte es interessant sein, zu erfahren, mit welchen Druckmitteln Amerika das Einverständnis der fremden Flaggen, das kaum freiwillig dargebracht sein wird, erreicht hat. Daß es mit diesem Abkommen sich zu einer Politik bekennt, die es in Vorkriegszeiten — es sei nur an die gegen die Poolabreden der nordatlantischen Schifffahrtsverbände gerichteten parlamentarischen und gerichtlichen Untersuchungen erinnert — auf das schärfste bekämpft hat, mag nebenbei registriert werden. A. K.

Unverwendbare amerikanische Schiffe. Ungefähr 200 Holzschiffe des amerikanischen Schifffahrtsamtes sind nach Mitteilung der amerikanischen Schifffahrtspresse aus der Fahrt genommen und in den atlantischen und Golfhäfen aufgelegt. Was mit ihnen geschehen wird, ob sie abgewrackt oder für andere Zwecke umgebaut werden sollen, ist zurzeit noch nicht bestimmt. Eine der Hauptschwierigkeiten, die ihrer weiteren Verwendung entgegenstehen, ist ihre mangelnde Rentabilität, denn ihr Brennstoffverbrauch steht in keinem Verhältnis zu ihrer geringen Transportfähigkeit. A. K.

Der Tankdampferbau nimmt gegenwärtig sowohl in den Vereinigten Staaten wie in England einen ungewöhnlich beträchtlichen Teil der Werftarbeit in Anspruch. Auch darin kündigt sich der bevorstehende Kampf beider Länder um die Ölvorräte der Welt an, in dem der Besitz der größten und leistungsfähigsten Tankdampferflotte fraglos ein Moment von besonderer Bedeutung sein wird. Wie die in der vorigen Nummer des „W. D.“ mitgeteilten Bestandszahlen erkennen lassen, hat England gegenwärtig noch die Führung, wird sie aber voraussichtlich in sehr kurzer Zeit an Amerika abgeben, das schneller baut und eine weit größere Neutonnage an Tankschiffen in Arbeit hat. Im letzten Jahre hat England 22 Tankdampfer mit 126 388 Br. R. T., die Union dagegen 60 Tankdampfer mit 370 000 Br. R. T. zu Wasser gelassen. Mit welcher Schnelligkeit der amerikanische Tankdampferbau während des Krieges zugenommen hat, zeigen folgende Angaben von „Lloyds Register“, nach denen besaßen:

	30. Juni 1914	30. Juni 1919
	Tankdampfer Br. R. T.	Tankdampfer Br. R. T.
England.....	192 859 968	252 13 00 390
Verein. Staaten.	54 198 630	184 9 94 190

Die britische Tankdampferflotte ist gegenwärtig etwa zu einem Drittel im Öltransport zwischen den Vereinigten Staaten und England, zu fast zwei Drittel im Öltransport von Mexiko und Persien tätig. Von der amerikanischen Tankdampferflotte

werden etwa 500 000 Br. R. T. allein durch die Zufuhr mexikanischen Öls in Anspruch genommen. Aber die wachsende Produktivität der mexikanischen Ölquellen fordert dringend die Bereitstellung einer weit größeren Transporträume. Da die Baukosten eines stählernen Tankdampfers von 10 000 Tragfähigkeitstonnen sich auf ungefähr 2 Mill. \$ stellten, während seine Ladung mexikanischen Öls unter normalen Verhältnissen nur einen Wert von 30 000 \$ repräsentiert, so wird von manchen Seiten der Bau hölzerner Tankschiffe, die nur etwa 50 000 \$ kosten würden, empfohlen. Das Vertrauen zu den hölzernen Schiffen scheint jedoch in den am Öltransport interessierten Kreisen nicht besonders groß zu sein, denn die bisher gegebenen Bauaufträge lauten durchweg auf stählerne Tankschiffe. Nach zuverlässigen Mitteilungen waren im Februar dieses Jahres bestellt:

vom Schifffahrtsamt	52 stählerne Tankdampfer
	von 391 000 Tragfähigkeitstonnen
„	8 Eisenbeton-Tankdampfer
	von 60 000 Tragfähigkeitstonnen
von priv. Gesellsch.	101 stählerne Tankdampfer
	von 1 100 000 Tragfähigkeitstonnen

Insgesamt waren also damals 161 Tankschiffe von 1 551 000 Tragfähigkeitstonnen, oder einer Räumte von etwa 1 000 000 Br. R. T. in Amerika in Auftrag gegeben. In England waren 540 000 Tragfähigkeitstonnen = ca. 300 000 Br. R. T. in Bau. A. K.

Sonstiges

Schiffsverluste 1919. Nach Aufstellung des Bureau Véritas sind im Jahre 1919 insgesamt 925 Schiffe mit 719 606 Br. R. T., darunter 425 Dampfer mit 543 600 Br. R. T. durch Seunfälle verloren gegangen. Auf die verschiedenen Flaggen verteilen sich diese Totalverluste, wie folgt:

Flagge	Dampfer		Segler	
	Anzahl	Br. R. T.	Anzahl	Br. R. T.
Ägypten	1	605	—	—
Argentinien	2	2 304	—	—
Belgien	5	10 499	2	373
Brasilien	3	4 246	—	—
Chile	9	6 241	2	404
China	1	—	—	—
Cuba	—	—	3	659
Dänemark	5	4 572	13	3 439
Deutschland	46	32 982	12	11 496
Frankreich	17	24 855	28	16 942
Griechenland	6	11 660	2	—
Großbritannien	134	165 788	233	39 498
Holland	26	8 418	21	3 304
Italien	1	3 204	6	3 943
Japan	43	47 126	7	561
Norwegen	22	30 113	28	19 953
Österreich	4	8 096	—	—
Peru	—	—	1	737
Portugal	—	—	13	5 565
Rußland	4	5 492	14	4 119
San Domingo	—	—	8	231
Schweden	21	24 506	9	4 828
Spanien	5	7 319	19	2 454
Uruguay	1	146	—	—
Vereinigte Staaten	69	145 428	82	57 500
Summe	425	543 600	500	176 006

A. K.

Neueingänge

einzu sehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Kruppsche Monatshefte“ 1. Jahrg. Jan. 1920. Preis des Jahrg. 12,— M. Einzelheft 1,50 M. Die neue Krupp-Zeitschrift stellt sich selbst die Aufgabe, weite Kreise mit den Erzeugnissen der Friedensarbeit der Krupp-Werke, der bisherigen und fernerer Entwicklung der Firma bekannt zu machen. Inhalt der reich mit Abbildungen versehenen ersten Nummer: Direktor Hartwig, die technischen Einrichtungen der neugeschaffenen Kruppschen Lokomotiv- und Wagenbauanstalt; Prof. Dr. Goernes und Dipl.-Ing. Fischer, Über Weicheisen; Krupps erste Lokomotive. A. dt.